



CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246

An die Mitglieder des Landrates

Stans, 3. November 2022

**Budget 2024** (inklusive Landratsbeschluss für das Jahr 2024 zur Erweiterung des Leistungsauftrages für die Bewältigung der Ukraine-Krise). **Finanzplan 2025-2026. Investitionsplan 2027-2028. Jahresziele 2024.**  
**Bericht der Finanzkommission**

Sehr geehrter Herr Landratspräsident  
Sehr geehrte Landrätinnen und Landräte

Die Finanzkommission hat an den Sitzungen vom 11. September und 3. November 2023 die Anträge des Regierungsrates betreffend das Budget 2024, den Finanzplan 2025-2026 sowie den Investitionsplan 2027-2028 in Anwesenheit von Frau Landammann Michèle Blöchli beraten. Ebenfalls wurden die Jahresziele 2024 beraten. Ergänzend haben Zweier-Delegationen der Kommission den einzelnen Direktionsvorsteherinnen und -vorsteher Fragen gestellt bzw. Gespräche zum Budget mit diesen geführt.

Gestützt auf Art. 21 des Landratsgesetzes hat die Finanzkommission die Berichte und Anträge eingehend geprüft und wo erforderlich mit den Direktionen besprochen. Die Kommission erstattet dem Landrat gemäss § 92 des Landratsreglements folgenden Bericht.

## 1 Allgemeines

Das Budget 2024 weist in der Erfolgsrechnung bei einem operativen Ergebnis von Fr. -26'809'000 und Entnahmen von Fr. 21'109'000 aus den finanzpolitischen Reserven ein Gesamtergebnis von Fr. -5'700'000 aus. Der Finanzplan rechnet für das Jahr 2025 mit Fr. -25'876'000 und für das Jahr 2026 mit Fr. -20'734'000 erneut mit negativen operativen Ergebnissen. Dies macht Entnahmen von Fr. 20'176'000 bzw. von Fr. 15'034'000 aus den finanzpolitischen Reserven notwendig, damit die Ausgabenbremse gemäss Art. 35 des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons (kFHG) eingehalten werden kann.

Die Investitionsrechnung rechnet für das Jahr 2024 mit Nettoinvestitionen von Fr. 28'304'000.

## 2 Budget 2024

### 2.1 Landratsbeschluss für das Jahr 2024 zur Erweiterung des Leistungsauftrages für die Bewältigung der Ukraine-Krise

Der Landratsbeschluss war angesichts der bisherigen Erfahrungen und aufgrund der aktuellen Lage in der Finanzkommission unbestritten. Sie beantragt dem Landrat einstimmig mit 11 zu 0 Stimmen, die Lohnsumme gemäss Antrag des Regierungsrates zu erhöhen.

### 2.2 Erfolgsrechnung

Die Finanzkommission hat das Budget 2024 eingehend beraten und beantragt dem Landrat einstimmig mit 11:0 Stimmen, dem Antrag des Regierungsrates mit Anpassungen bei den Leistungsauftragserweiterungen und bei der Lohnrunde zuzustimmen.

Das Budget für das kommende Jahr rechnet wie im laufendem Jahr mit einem negativen operativen Ergebnis. Der betriebliche Aufwand erhöht sich weiter, wobei der Personalaufwand um 3.6% ansteigt.

Die Finanzkommission hat die vom Regierungsrat beantragten Leistungsauftragserweiterungen beraten. Eingangs ist festzuhalten, dass der Regierungsrat bzw. das Obergericht die Leistungsauftragserweiterungen für das Betriebs- und Konkursamt und für das Kantonsgericht infolge Verzögerungen beim Inkraftsetzen von Bundesrecht für das nächste Jahr zurückgezogen hat. Die Summe für die Leistungsauftragserweiterungen beträgt damit anstatt Fr. 2'033'300 noch Fr. 1'918'300.

Mit einer Mehrheit von 6 zu 5 Stimmen beantragt die Finanzkommission dem Landrat, die Summe für die Leistungsauftragserweiterungen um Fr. 500'000 auf Fr. 1'418'300 zu kürzen.

Angesichts des defizitären Budgets, der Aussichten im Finanzplan und in Bezug auf die eingereichte Motion für ein Vierjahresglobalbudget für das Personal hat sie sich zu dieser pauschalen Kürzung entschieden. Sie überlässt es dem Regierungsrat, bei welchen Leistungsauftragserweiterungen der Betrag eingespart werden soll. Von den Einsparungen nicht betroffen sein sollen die Stellen für die Heilpädagogische Früherziehung und für die Heilpädagogische Schule (Nr. 14 bis 18 gemäss Beschluss des Regierungsrates Nr. 373 vom 4. Juli 2023) wie auch die von den Gemeinden finanzierten Stellen für die Schulsozialarbeit Ennetbürgen und Beckenried (Nr. 19 und 20).

Sollte der Landrat dieser pauschalen Kürzung um Fr. 500'000.- nicht zustimmen, beantragt die Finanzkommission mit 6 zu 1 Stimmen bei 4 Enthaltungen, bei der Kantonspolizei vier anstatt fünf Stellen zu bewilligen, und damit Fr. 95'800 einzusparen.

In der Erfolgsrechnung der Gesundheits- und Sozialdirektion stellt die Finanzkommission einen Minderheitsantrag zu 2990 Sozialversicherungen, Konto 3637.03 Krankenkassen-Prämienzuschüsse. Die Krankenkassen-Prämienzuschüsse sollen gemäss diesem Minderheitsantrag um Fr. 800'000 auf Fr. 19'500'000 erhöht werden. Gleichzeitig erhöht sich der Betrag im Konto 4630.03 Bund für Verbilligung der Krankenkassenprämien um Fr. 800'000 auf Fr. 16'500'000. Die Änderung ist damit budgetneutral. Der Antrag wurde mit 6 zu 5 Stimmen abgelehnt.

Im Übrigen gab das Budget zu keinen nennenswerten Bemerkungen Anlass.

## Lohnrunde 2024

Die Finanzkommission beantragt dem Landrat mit 9 zu 1 Stimmen bei 1 Enthaltung, für die Lohnrunde 2024 2.25% für Lohnanpassungen zur Verfügung zu stellen.

Sie weicht damit vom Antrag des Regierungsrates auf 2.75% ab.  
Über die Verteilung der 2.25% auf generelle und leistungsbezogene Lohnanpassungen entscheidet der Regierungsrat.

## Kantonssteuerfuss

Die Finanzkommission beantragt dem Landrat einstimmig mit 11 zu 0 Stimmen, den Kantonssteuerfuss bei 2.66 Einheiten zu belassen.

### **2.3 Investitionsrechnung**

Die Finanzkommission hat die einzelnen Investitionsvorhaben geprüft. Die Finanzkommission unterstützt die vorgesehenen Investitionen.

### **2.4 Antrag**

Die Finanzkommission beantragt dem Landrat einstimmig mit 11 zu 0 Stimmen, das Budget 2024 unter Berücksichtigung der Änderungsanträge der Finanzkommission bei den Leistungsauftragserweiterungen und bei der Lohnrunde zu beschliessen.

## **3 Finanz- und Investitionsplan**

Die Finanzkommission beantragt dem Landrat einstimmig mit 11 zu 0 Stimmen, den Finanzplan 2025-2026 nicht zu genehmigen.

Der Finanzplan enthält insbesondere beim Personalaufwand nicht die von der Finanzkommission erwünschten Einsparungen. Weitere Gründe sind die Steuergesetzrevision und die Pläne zur Ausschüttung der OECD-Mindeststeuer-Erträge.

Der Investitionsplan 2027-2028 gab keinen Anlass für weitergehende Diskussionen in der Finanzkommission.

## **4 Jahresziele 2024**

Bei den Jahreszielen 2024 gab insbesondere die Volkswirtschaftsdirektion zu reden.

Eine Minderheit der Finanzkommission beantragt eine Anmerkung: Als Jahresziel der Volkswirtschaftsdirektion soll festgehalten werden: Vermeidung von Wohnungsnot.  
Der Antrag wurde mit 6 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Freundliche Grüsse  
FINANZKOMMISSION



Regina Durrer  
Präsidentin



lic. iur. Emanuel Brügger  
Landratssekretär